

37/4.1

GZ: BMASK-59201/0010-V/A/1/2017

Zur Veröffentlichung bestimmt

Wien, 21.3.2017

**Betreff: EU-Rat "Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit- u. Verbraucherschutz" am 3. März 2017 in Brüssel, Vortrag an den Ministerrat**

### **Vortrag an den Ministerrat**

Am 3. März 2017 fand in Brüssel die 3523. Tagung des Rates „Beschäftigung, Sozialpolitik und Gesundheit“ statt. Den Vorsitz führten die maltesischen MinisterInnen Evarist Bartolo, Minister für Bildung und Arbeit, Helena Dalli, Ministerin für Sozialen Dialog, Konsumentenschutz und BürgerInnenrechte sowie Michael Farrugia, Minister für Familie und Soziale Solidarität. Für die Europäische Kommission nahm Kommissarin Marianne Thyssen teil. Österreich war durch den Stellvertretenden Ständigen Vertreter Österreichs bei der EU vertreten.

Im Rahmen der Ratstagung fand eine **Orientierungsdebatte** zum Vorschlag der Europäischen Kommission zur Änderung der **VO 883/2004** und **VO 987/2009** zur **Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit** statt. Österreich sprach sich in diesem Zusammenhang für Klarstellungen in Bezug auf die derzeitige Rechtslage der VO 883/04 sowie für die Anpassung der Koordinierungsregeln an die geänderten Umstände und die neuen Herausforderungen aus. Besonders betont wurde dabei die Möglichkeit der Rückabwicklung von fälschlicherweise ausgestellten A1-Formularen, die fehlende Bindungswirkung von nationalen Bescheiden und das bei der Arbeitslosenversicherung die Zuständigkeit für die Gewährung der Geldleistung mit der Zuständigkeit für die Betreuung und Vermittlung von arbeitslosen Personen nicht mehr übereinstimmt. Darüber hinaus wurde festgehalten, dass sich die österreichische Bundesregierung dafür einsetzen werde, die Regelungen der Verordnung so anzupassen, dass zu exportierende Familienleistungen indexiert werden können.

Der Rat führte außerdem eine **politische Aussprache** zum **Europäischen Semester 2017**. Der Fokus lag auf der Umsetzung der Länderspezifischen Empfehlungen im Zusammenhang mit Verbesserungen beim Zugang zum Arbeitsmarkt und dem Abbau von Ungleichheiten innerhalb der Europäischen Union. Die MinisterInnen hoben die Fokussierung auf besonders betroffene Gruppen wie Langzeitarbeitslose, Jugendliche, Geringqualifizierte, ältere ArbeitnehmerInnen, Frauen und die Eingliederung von MigrantInnen hervor und betonten die zentrale Rolle der Sozialpartner. Der österreichische Vertreter unterstrich die Notwendigkeit von Wirtschaftswachstum zur Schaffung von Arbeitsplätzen sowie die Beendigung der Austeritätsmaßnahmen. Weitere Reformen in den sozialen Sicherungssystemen und am Arbeitsmarkt dürfen nicht zur weiteren Verunsicherung von ArbeitnehmerInnen führen. Sicherungselemente für prekäre Beschäftigte, wie CrowdworkerInnen, sollten in die Systeme eingebaut werden, das im Beschäftigungsausschusses (EMCO) und im Sozialschutzausschusses (SPC) gut etablierte gegenseitige Lernen wird unterstützt. Der gemeinsame Beschäftigungsbericht sowie die Ratsschlussfolgerungen zum **Jahreswachstumsbericht** und dem **gemeinsamen Beschäftigungsbericht** wurden angenommen.

Die **Informationen** des Vorsitzes und der Europäischen Kommission zum **Dreigliedrigen Sozialgipfel** wurden **zur Kenntnis** genommen. Die **Schlussfolgerungen** des Rates zur **Verbesserung der Kompetenzen von Frauen und Männern auf dem EU-Arbeitsmarkt** wurden **angenommen**.

Unter Punkt **Sonstiges** informierte die Europäische Kommission über die Modernisierung der Rechtsvorschriften und Maßnahmen der Europäischen Union im Bereich Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz, das Follow-up zur Mitteilung betreffend Investitionen in die Europäische Jugend und über den Sachstand bei den Verhandlungen zur Entsende-Richtlinie. Die **Arbeitsprogramme** des Beschäftigungsausschusses (**EMCO**) und des Sozialschutzausschusses (**SPC**) für 2017 wurden **zur Kenntnis** genommen. Die portugiesische Delegation informierte die MinisterInnen über die internationale **UNECE Konferenz** am 21./22. September 2017 in Lissabon zum Thema „A sustainable society for all ages: Realising the potential of living longer“. Abschließend präsentierte die Direktorin von EIGE die Hauptergebnisse der Studie „Economic benefits of gender equality in the EU“. Die Berichte wurden zur Kenntnis genommen.

Wir stellen den

A n t r a g,

die Bundesregierung wolle von diesem Bericht Kenntnis nehmen.

Wien, am 21.3.2017

Alois Stöger

Pamela Rendi-Wagner